

Zwischen Menschlichkeit und Zurückweisung

WIDERSPRÜCHLICHE MIGRATIONSPOLITIK IN SÜDASIEN

Mahendra P. Lama

I Warum interne Migration?¹

Interne Migration in Indien ist aus den folgenden Gründen ein historisches Phänomen: i) geografisch und historisch begründete Disparitäten innerhalb des Landes, ii) soziale und ökonomische Gegebenheiten der Gemeinschaften in verschiedenen Teilen Indiens und iii) liberale demokratische Normen und Praktiken, die es im Land gibt. Hinzu kommt, dass Städte des Kernlands, etwa Calcutta, Mumbai, Delhi, Bangalore, Hyderabad und Madras Anziehungspunkte für eine große Anzahl Migranten aus ihren eigenen Bundesstaaten wie aus dem ganzen Land sind. Ein neuer Trend der Migration bildet sich heraus, nämlich der Zuzug vieler ausgebildeter junger Menschen in die Städte. Die von Reformen und Liberalisierungen begünstigte Ausbeutung natürlicher Ressourcen, beispielsweise Bodenschätze und Wälder, sowie die Präsenz einer großen Anzahl privater Akteure haben eine riesige Zahl Menschen vertrieben. Sie sind gezwungen worden, ihr Glück andernorts zu suchen, und werden als *internally displaced persons* (IDPs, intern vertriebene Personen) bezeichnet.

Zum Beispiel produzieren Uttar Pradesh, Punjab und Haryana 72,17 Prozent des Weizens in Indien, während sie 10,13 Prozent der Gesamtfläche ausmachen und etwa 21 Prozent der Bevölkerung dort leben (Tabelle 1). Diese Bundesstaaten ziehen die meisten Landarbeiter an, meist saisonal. Eine deutliche Mehrheit dieser Landarbeiter stammt aus Bundesstaaten wie Bihar, die im Entwicklungsprozess hinterher hinken. Eine kürzlich angefertigte Studie auf der Ebene der Distrikte analysierte Maßzahlen zu den Themen Armut, Hunger, Alphabetisierung, Impfungen, Säuglingssterblichkeit sowie Grundschulbesuch und identifizierte dabei die 69 ärmsten und am wenigsten entwickelten Distrikte im Land. Auf diese 69 Distrikte entfallen 17,5 Prozent von Indiens Analphabeten, 21,12 Prozent der Armen und 23,38 Prozent der Haushalte, die nicht zwei Mahlzeiten am Tag zu sich nehmen können.² Von den 37 Distrikten in Bihar

gehörten 26 zu dieser Liste der 69 ärmsten. Sechs von zehn Menschen in diesen Distrikten leben unterhalb der Armutsgrenze, 55 Prozent sind Analphabeten, nur 3,6 Prozent des Distrikts ist städtisch geprägt und 92 von 100 Kindern werden ohne medizinische Unterstützung zur Welt gebracht. Ähnlich ist die Situation in Orissa: zehn der 30 Distrikte gehören zu den ärmsten des Landes, und 80 Prozent der Bevölkerung in diesen Distrikten leben unterhalb der Armutsgrenze.³

Bundesstaaten mit der höchsten Produktion wichtiger Feldfrüchte

Feldfrucht/ Bundesstaat	Anteil an der Gesamt- bevölke- rung (1.03 Milli- arden) (in Prozent)	Anteil an der Gesamt- fläche (3.287.326 km ²) (in Prozent)	Anteil an der Produk- tion (in Prozent)	Gesamt- produk- tion Indiens (Millionen Tonnen)
<i>Reis</i> – West Ben- gal, Punjab und Uttar Pradesh	26,34	11,48	43,19	72,7
<i>Weizen</i> – Uttar Pradesh, Punjab und Haryana	20,58	10,13	72,17	65,1
<i>Mais</i> – Madhya Pradesh, Andhra Pradesh und Kar- nataka	18,38	23,57	42,43	10,3
<i>Getreide (außer Weizen und Reis)</i> – Maharashtra, Karnataka und Uttar Pradesh	30,72	22,45	47,79	163,0
Hülsenfrüchte – Madhya Pradesh, Maharashtra und Uttar Pradesh	31,46	25,99	56,73	11,1
Getreide insge- samt – Uttar Pra- desh, Punjab und West Bengal	11,48	11,48	43,24	174,2

Anmerkungen: Bevölkerungszahlen aus der Volkszählung 1991. Flächen nach Bildung der neuen Bundesstaaten, darunter Jharkhand, Uttaranchal und Chattishgarh.

Quelle: Berechnungen auf Grundlage des Economic Survey 2003-04, Government of India, S. 16, 2-19, 115

Die Tätigkeit multinationaler Konzerne in den vormals beschränkten Bereichen der Elektrizitäts-, Kohle- und Gaswirtschaft u.a. nach den liberalisierenden Reformen der frühen neunziger Jahre haben bereits Auswirkungen auf die Umwelt gezeitigt. Bis vor Kurzem wurden sie keiner systematischen Umweltverträglichkeitsprüfung unterzogen, obwohl die Zahl der Anlagen mit schweren Auswirkungen auf die Umwelt steigt. Die öffentliche Diskussion hat tatsächlich zur Streichung einiger Projekte bzw. zur erheblichen Modifizierung ihrer Umweltverträglichkeitsauflagen geführt. Hierbei kam es zu gewalttätigem Widerstand. Im Stammesgebiet Kashipur in Orissa, beschönigend „das neue Labor der Globalisierung“ genannt, wird der 16. Dezember als Tag der Märtyrer begangen, da an diesem Tag mutige Kämpfer, die gegen die Ausbeutung von Aluminium durch multinationale Konzerne protestierten, von der Polizei getötet wurden. „Als die MESCO (eine Stahlfabrik in Orissa) kam, habe ich alles verloren. Was habe ich bekommen? Ich bin Bettler. Sie sagen, dass mein *kagaaj patra* (offizielle Akte) kommt, und dass ich alles bekommen werde, aber drei Jahre sind vergangen und nichts ist passiert.“⁴

Ein weiterer Fall aus der jüngsten Zeit ist das 2015-Megawatt-Kombikraftwerk von Enron, dem heute nicht mehr bestehenden US-amerikanischen Energieriesen. Die gemeinsam von Enron mit General Electric und Bechtel Enterprises gebildete Dabhol Power Company (DPC) hat Mitte der neunziger Jahre für diesen Zweck 595 Hektar Land in Maharashtra erworben. Obwohl das Projekt abgeschlossen wurde, ist das Unternehmen selbst liquidiert worden. Mehrere Umweltbelastungen sind mit dieser Anlage verbunden. Und obwohl das Kraftwerk mit umweltfreundlichem Flüssigerdgas befeuert wird, wurde das Projekt während der Planung mit Fragen zur Verwendung von Destillattheizöl in der ersten Phase bombardiert. Bei der Verfeuerung dieses Brennstoffs wird mehr Schwefeldioxid emittiert als bei derjenigen von indischer Kohle.⁵ Eine potenzielle Schädigung der lokalen Fischerei aufgrund der Einleitung heißen Wassers ins Meer ist ebenfalls genannt worden.

In manchen Fällen haben die Gerichte sehr scharfe Urteile gegen solche Projekte erlassen. Das Central Empowered Committee (CEC), vom Obersten Gerichtshof eingerichtet, um den Fall der Vedanta Alimina Ltd (VAL) zu untersuchen, ein an der Londoner Börse notiertes Zwei-Milliarden-Dollar-Unternehmen, hat dem Gericht empfohlen, dass das Unternehmen sein 40-Millionen-Rupien-Projekt einer Aluminiumraffinerie abwickeln soll. VAL hat die umweltrelevanten Genehmigun-

gen erhalten, um dieses Projekt im Niyamgiri Forest, Lanjigrah, im Kalahandi-Distrikt von Orissa zu beginnen. Das CEC stellte fest, dass die VAL absichtlich und bewusst die Tatsache verschwiegen hatte, dass Waldgebiet für das Projekt genutzt werden sollte. Es merkte ebenfalls an, dass eine unparteiische und unvoreingenommene Behörde die Angelegenheiten unsachgemäßer Rehabilitation und gewalttätiger Zwangsräumungen sorgfältig untersuchen müsse. Abgesehen davon, dass es sich um einen wichtigen Lebensraum für wild lebende Tiere mit dichten Primärwäldern handelt, ist in diesem Gebiet auch die vom Aussterben bedrohte Bevölkerungsgruppe der Dongaria Kandhaibe zu Hause.⁶ Diana Majhi, eine ansässige Adivasi, sagt: „Wir sind entschlossen, unsere Dörfer nicht zu verlassen, selbst wenn es am Ende bedeutet, umgebracht zu werden.“⁷

Unter den liberalisierteren ökonomischen Bedingungen in mehreren Bundesstaaten hat die Privatwirtschaft Zugang zu erstklassigem öffentlichem Grund und Boden erlangt. Dies hatte ernsthafte Auswirkungen auf die Existenzgrundlagen und die Umwelt und führte zu Protesten und Symptomen von Konflikten. Die Entscheidung der Regierung von Gujarat, 31,5 Millionen m² Land in Kutch an die Adani-Gruppe zu übergeben, um SEZ zu entwickeln, ist dafür ein Beispiel. Dabei reichen die Bedenken von der Unterverpachtung von Land an andere Industrieunternehmen zum hundertfachen Preis über die Zerstörung von Mangrovenwäldern im großen Stil bis hin zum Verlust der Existenzgrundlagen von 700 Fischerfamilien, da neun Fischereihäfen vom SEZ beeinträchtigt würden. Dies ist in einem anderen Fall geschehen, in dem der Gujarat Maritime Board ca. 900 Hektar Land im Golf von Kutch bei Mundra derselben Gruppe zum Preis von 0,67 Rupien pro m² zur Verfügung gestellt hat. Mundra ist eine der wenigen grünen Zonen in Kutch, in denen die Fischerei die Existenzgrundlage der dort ansässigen Bevölkerung darstellt.⁸ „Vor nur 20 Jahren gab es acht bis zehn Arten Mangroven in den Küstengebieten am Golf von Kutch. Heute ist nur eine salzresistente Art, *Avacenia Marinam*, erhalten.“⁹

Es gibt weit auseinander liegende und meist zu niedrige Schätzungen der Zahl der intern Vertriebenen in Indien. Gemäß dem *World Refugee Survey* lag die Gesamtzahl der intern Vertriebenen in Indien 1997 bei 0,25 Millionen; Die Schätzung des Indian Social Institute in Delhi lautet 21,3 Millionen (hauptsächlich entwicklungsinduzierte Vertreibungen); der *Global Survey of IDPs* schätzt die Zahl auf 3,9 Millionen (konfliktinduzierte Binnenvertreibung).¹⁰

I.1 Schätzungen der Zahl der Wanderarbeiter

Es liegen verschiedene Schätzungen der Zahl der Binnenmigranten in Indien vor. Die 55. Runde der National Sample Survey (1999 bis 2000) ergibt ein anschauliches Bild.¹¹

- Etwa 27 Prozent der Bevölkerung Indiens waren Migranten. Der Anteil der Migranten an der Gesamtbevölkerung war mit 33 Prozent in städtischen Gebieten höher als in ländlichen Gebieten (24 Prozent). Der Anteil war unter der männlichen ländlichen Bevölkerung am geringsten.
- Etwa 77 Prozent der Migranten Indiens waren Frauen und Mädchen. Die Migrantinnen waren sowohl in den ländlichen als auch in den städtischen Gebieten gegenüber den Migranten in der Überzahl – und die Differenz war in den ländlichen Gebieten stärker ausgeprägt.
- Interne Migranten stellten etwa 99 Prozent aller Migranten dar.
- Migrationsbewegungen zwischen Distrikten und Bundesstaaten waren häufiger bei Migranten in städtischen Gebieten als bei Migranten in ländlichen Gebieten zu beobachten. Etwa 20 Prozent der Migranten in städtischen Gebieten und sechs Prozent der Migranten in ländlichen Gebieten kamen aus anderen Bundesstaaten.
- Unter den vier Typen der Migrationsströme zwischen ländlichen bzw. städtischen Gebieten dominierte der Migrationsstrom von einem ländlichen Gebiet zum anderen. Diese Migrationen verliefen über kürzere Strecken, verglichen mit anderen Migrationsströmen zwischen ländlichen bzw. städtischen Gebieten.
- Migration zwischen angrenzenden Bundesstaaten machte einen großen Teil der Migration zwischen Bundesstaaten aus.
- Unter den Migranten in städtischen Räumen kamen mehr Personen aus ländlichen als aus städtischen Gegenden. Dies traf auf etwa 59 Prozent der Männer und etwa 58 Prozent der Frauen zu.
- Unter den männlichen Migranten waren in den ländlichen Bereichen 30 Prozent und in den städtischen Bereichen 52 Prozent aus Gründen der Beschäftigung migriert, während dies unter den Migrantinnen nur auf ein Prozent in ländlichen bzw. drei Prozent in städtischen Gegenden der Fall war.
- Im Fall der Frauen in ländlichen Gegenden war Heirat (89 Prozent) der Hauptgrund für die Migration, wohingegen die zwei Hauptgründe für Migration von Frauen in den Städten Heirat (59 Prozent) und Umzug der Eltern bzw. der erwerbstätigen Familienmitglieder (31 Prozent) waren.

- Etwa 57 Prozent der männlichen Migranten waren aus Beschäftigungsgründen vom Land in die Stadt gezogen.
- Besonders häufig war jener Migrantentypus anzutreffen, der sich, ohne lokal gebunden zu sein, von einem Job zum nächsten bewegt.
- Der Anteil der Migranten an der Gesamtbevölkerung war im Allgemeinen in den höheren Einkommensgruppen (*MPCE classes – monthly per capita expenditure classes*) größer.
- Sowohl in ländlichen als auch in städtischen Gebieten gehörten die männlichen Migranten hauptsächlich zur Erwerbsbevölkerung, während dies für die Mehrheit der Migrantinnen nicht der Fall war.
- Etwa ein Prozent der indischen Bevölkerung sagte, dass sie sich aus Gründen der Arbeitssuche bzw. der (besseren) Erwerbstätigkeit für mindestens 60 Tage außerhalb ihres Dorfes/ihrer Stadt aufgehalten habe. Dieser Anteil war auf dem Land bzw. unter Männern geringfügig höher als in der Stadt bzw. unter Frauen. Andere informelle Schätzungen liegen bei über 30 Millionen zeitweiligen Migranten.

1.2 Charakteristika der Migration

Anders als in vielen Ländern, beispielsweise China, ist der Arbeitsmarkt für Migranten weiterhin nicht reguliert. Die Migranten entsendenden Gegenden sind typischerweise arm und landwirtschaftlich unterentwickelt. Die Ziele der Migration sind kleinere und größere Städte, Industriezonen, Steinbrüche sowie Küstenbereiche, die Beschäftigung in der Fischverarbeitung und in Salinen bieten. Hochproduktive landwirtschaftliche Regionen („Regionen der Agrarrevolution“) sind weiterhin wichtige Ziele, aber mehr Migranten entscheiden sich für nicht landwirtschaftliche Tätigkeiten auf dem Land und in der Stadt aufgrund höherer Verdienstmöglichkeiten. Obwohl fast alle dieser Migranten freiwillig migrieren, entscheiden sie unter ernst zu nehmenden Restriktionen. Ein erheblicher Anteil migriert saisonal. Viele von ihnen sind auch als „temporäre“ Migranten zu bezeichnen, oder es handelt sich um Migrationen „von kurzer Dauer“, um „zirkulierende“ und freiwillige Migration, obwohl die Migranten häufig nur begrenzte Optionen haben.

1.3 Auswirkungen und Widerstand

Auf der einen Seite hat die Migration zu einem hohen Grad an Mobilisierung der qualifizierten wie der ungelerten Erwerbsbevölkerung

geführt, was in einigen Teilen Indiens zu einem massiven Entwicklungsschub geführt hat, wie auch zur Schaffung von Einkommen und Beschäftigung in enormem Maßstab für diejenigen, die an ihrem Heimatort kaum solche Chancen haben.

Um Srivastava zu zitieren, der auf viele Quellen zurückgreift:

„Feldstudien zeigen, dass eine Mehrheit der saisonalen Migranten außerdem Ersparnisse aus ihrem Migranteneinkommen entweder nach Hause schicken oder dorthin mitbringen. In vielen Fällen ist ein erheblicher Anteil des Bareinkommens von Haushalten dem Einkommen der Migranten zuzurechnen. Allerdings kann es sein, dass dieses Bareinkommen das Eigenkapital der Migrantenhaushalte nicht vergrößert, da es in manchen Fällen zur Abzahlung bestehender Schulden eingesetzt wird.

Dennoch scheint es, dass Einkommen und Konsumniveau der Migrantenhaushalte generell höher als in ähnlich situierten Haushalten von Nicht-Migranten sind. Diese Schlussfolgerung muss aber sorgfältig mit den Auswirkungen der Migration in Bezug gesetzt werden, denn sie basiert im Allgemeinen auf Ex-post-Querschnittsvergleichen.

Solche Geldüberweisungen werden hauptsächlich für Zwecke wie Konsum, Rückzahlung von Darlehen und soziale Verpflichtungen verwendet. Diese machen letztlich die „erste Belastung“ der Einkommen der Migranten aus. Die Datenlage bezüglich Investitionen ist uneinheitlich. Investitionen durch Migrantenhaushalte in Wohnraum, Land und langlebige Konsumgüter kommen häufig vor, und Einkommen von Migranten werden auch verwendet, um den Betriebskapitalbedarf in der Landwirtschaft zu finanzieren. Belege für andere produktive Investitionen in der Landwirtschaft oder anderen Bereichen liegen im Allgemeinen spärlich vor, aber eine Reihe von Studien berichten dennoch, dass ein kleiner Prozentsatz an Migranten- und Rückkehrerhaushalten solche Investitionen tätigt. Insgesamt könnten die langfristigen Auswirkungen einige dieser Ausgaben auf Migrantenhaushalte positiv sein. Während Studien also die Auswirkungen mancher Faktoren, etwa des Lebenszykluseffekts, nicht völlig ausschließen, gibt die Abwanderung der ländlichen Bevölkerung einige, allerdings schwache, Hinweise auf eine Verbesserung des produktiven Potenzials der Herkunftsgegenden sowie der Fähigkeit einiger

armer Migrantenhaushalte, kleine Überschüsse zu erwirtschaften sowie ihr produktives Kapital und ihre Verhandlungsposition in der ländlichen Ökonomie zu stärken.“¹²

Andererseits beginnt die Migration auch zu Widerstand und Konflikten im Namen der Einheimischen zu führen, wie auch zu Druck bei Ressourcen und Versorgungsinfrastruktur, Rückgang der Beschäftigungs- und Einkommensmöglichkeiten der lokalen Bevölkerung sowie die gewerkschaftliche Organisation von Migranten als feste Wählergruppe. Es gibt Probleme sozialer Ausgrenzung aufgrund der geografischen Herkunft, etwa bei den Biharis in Mumbai. Schwere Gewalttaten gegen Migranten, etwa die Tötung einer großen Zahl von Arbeitern aus Bihar in Assam und von Straßenarbeitern in Jammu und Kashmir, sind weitere Probleme. Eine Reihe Nichtregierungsorganisationen nehmen sich der Fälle von Ausbeutung dieser Arbeitsmigranten an.

Die negativen Auswirkungen auf die entsendenden Gebiete, besonders im Landwirtschaftssektor, werden wahrscheinlich gravierend sein, wodurch die Gefahr steigt, dass sie rückständig bleiben.

Srivastava führt weiter aus: „In Indien werden die Arbeitsbedingungen und die Rechte der Arbeitsmigranten geschützt und reguliert, sowohl als Teil der allgemeinen Arbeitnehmerschaft als auch in Anerkennung ihrer besonderen Eigenschaften als Migranten. Viele Arbeitsprobleme, mit denen Arbeitsmigranten konfrontiert sind, fallen unter Gesetze, die alle Arbeitnehmer in einem bestimmten Sektor oder Unternehmen betreffen. Zusätzlich zu diesen Gesetzen behandelt das Inter-State Migrant Workmen Regulation and Conditions of Service Act von 1979 (ISMW, Gesetz über die Regulierung der Arbeitsmigranten zwischen Bundesstaaten und deren Arbeitsbedingungen) ausdrücklich Missbräuche, die mit der Anwerbung und Beschäftigung von Arbeitskräften über die Grenzen von Bundesstaaten hinweg in Verbindung stehen. Das Gesetz bezieht sich nur auf diejenigen Migranten zwischen Bundesstaaten, die von Dienstleistern oder Mittelsmännern rekrutiert werden, sowie auf Unternehmen, die an irgendeinem Tag im vorangegangenen Jahr mindestens fünf solcher Arbeitnehmer beschäftigt haben. [...] Die Arbeitsschutzgesetze mit dem Ziel, Arbeitsmigranten zu schützen, bestehen größtenteils nur auf dem Papier.“¹³ „Mehrere Studien über Arbeitsmigranten, die in verschiedenen Bundesstaaten im nicht organisierten Sektor arbeiten, weisen auf Verstöße hin. [...] In einem tragischen

Fall, der sich im Dezember 2005 in Delhi zugetragen hat, verloren Arbeiter ihr Leben aufgrund mangelnder Sicherheitsvorkehrungen am Arbeitsplatz. Dieser Fall enthüllte wieder einmal die katastrophalen Arbeitsbedingungen, die im nicht organisierten Sektor vorherrschen, und thematisierte die Sicherheit der Arbeitskräfte.“¹⁴

II Grenzen und Migration

Alleine die Auslegung und die Art der Grenzen, aber auch das Fehlen bedachter Grenzpolitiken der Nationen in Südasien mit gemeinsamen Grenzen haben die Zwangsvertreibung von Millionen Menschen erleichtert. Diese Migration kommt zur großen Zahl der intern Vertriebenen und der so genannten Migration in Friedenszeiten, hauptsächlich von Wirtschaftsmigranten, hinzu. Indien ist das Zentrum der gesamten Region Südasien. Alle südasiatischen Länder haben eine gemeinsame Grenze mit Indien, wobei keine der anderen Länder der Region aneinander angrenzen. Indien hat 15.106,7 km Landgrenzen und eine 7.516,6 km lange Küste (Tabelle 2). Möglicherweise gibt es an keinem anderen Ort der Welt eine solche Vielfalt an Grenzregimen in einer so kompakten Region. Viele der Grenzen sind aufgrund des Terrains und der ethnischen Affinitäten der beidseits dieser Grenzen ansässigen Bevölkerung sehr durchlässig.¹⁵

Die Grenzen Indiens mit den Nachbarländern

Land	Länge der Grenze (km)
Bangladesch	4.096,7
China	3.488
Pakistan	3.323
Nepal	1.751
Myanmar	1.643
Bhutan	699
Afghanistan	106

Quelle: Ministry of Home Affairs, Annual Reports, verschiedene Ausgaben, Regierung von Indien

Es gibt verschiedene Arten der Einwanderung nach Indien über diverse Grenzübergänge. Diese Immigranten können in vier Hauptgruppen typisiert werden:

- i) Immigranten mit ordnungsgemäßen Papieren;
- ii) Immigranten aus Nepal und Bhutan, die aufgrund der Vorschriften der Übereinkommen von 1950 bzw. 1949 nach Indien migrieren können, wie auch Inder in diese Länder migrieren können;
- iii) Illegale Immigranten, die die Grenze ohne gültige Dokumente einfach heimlich überschreiten;
- iv) Erzwungene Migrationen, die durch Konflikte und andere Arten von Vertreibungen ausgelöst werden, darunter die tamilischen (Sri Lanka), tibetanischen (Autonomes Gebiet Tibet in China), Chakma (Bangladesch), myanmarischen, afghanischen und bhutanesischen Flüchtlinge.

Die unter i) und ii) genannten Gruppen bringen Arbeitskräfte, Tourismus, Kultur, soziale Kontakte, Handel und unternehmerische Tätigkeit mit sich. Sie fallen mehr oder weniger unter die verschiedenen Rechtsvorschriften, darunter der 1948 *Foreigners Act* (Ausländergesetz von 1948).

Die unter iv) genannte Gruppe wird hauptsächlich aus humanitären Gründen angenommen; es sind allerdings Auswirkungen auf Politik und Sicherheit sichtbar geworden.

Die unter iii) aufgeführte Gruppe ist vielfach mit kriminellen Personen durchsetzt, z. B. Schmuggler, politisch motivierte Gewalttäter, Waffen-, Drogen- und Menschenhändler. Viele unter ihnen haben eine destabilisierende Wirkung und stellen eine direkte Bedrohung der nationalen Sicherheit dar. Es gibt mehrere Beispiele, etwa Assam und andere Bundesstaaten im Nordosten, wo sie gewaltsame Konflikte in die Gesellschaft einbrachten.

Demografische Ungleichgewichte, die durch die absichtliche Förderung illegaler bangladeschischer Immigration in sehr sensible Gebiete, z.B. Siliguri im Darjeeling-Distrikt und unter den Arbeitskräften im Teeanbau in Dooars im Jalpaiguri-Distrikt, haben zu schwerwiegender Ghettoisierung der Berg- und Stammesvölker geführt. Die Atmosphäre ist in hohem Maße konfliktgeladen. Der *chicken neck*-Korridor, der die nordöstliche Region mit dem Rest Indiens verbindet, ist weiterhin durch solche Instabilität gefährdet.

Andererseits können die Migrationsbewegungen in Südasien in zwei Phänomene eingeteilt werden, und zwar interne, d.h. innerhalb des Landes, und externe Migration, d.h. über die Grenze hinweg. Beide

dieser Phänomene gehen auf drei grundlegende auslösende Faktoren zurück, nämlich Umweltfaktoren (1), Vertreibung (2) und ökonomische Faktoren (3).

II.1 Umweltbedingte Migration

Es gibt zwei Arten umweltbedingter Migration in Südasien:

- i) Exodus, hauptsächlich durch große Entwicklungsprojekte oder noch nie dagewesene Naturkatastrophen verursacht, und
- ii) allmähliche Vertreibung aufgrund verschiedener Umweltprobleme.

Ein Beispiel für einen Exodus: Durch das Kaptai-Staudammprojekt (1957 bis 1962) in den Chittagong Hill Tracts, Bangladesh, wurden mehr als 218 km² landwirtschaftlicher Fläche überschwemmt, wodurch 100.000 Stammesbewohner ihr Land (40 Prozent der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche) verloren. Mehr als 40.000 Chakmas siedelten deshalb nach Indien über und ließen sich in Teilen der nordöstlichen Region nieder, u.a. Arunachal Pradesh.¹⁶ Dies war die erste große Vertreibung aus Umweltgründen. Mehr als 21.000 Familien wurden entwurzelt und verdrängt, als der Pong-Staudamm vor fast 25 Jahren gebaut wurde. Die Mehrheit dieser Menschen migrierte nach Rajasthan, Haryana und Punjab.¹⁷

Entwicklungsprojekte, insbesondere Staudämme, haben in Südasien stets beträchtliche Kontroversen ausgelöst, da sie meist eine Hauptursache vertreibungsbedingter Konflikte sind. Als Beispiele hierfür gelten das Arun III-Projekt in Nepal, die Kalabagh- und Bhasha-Staudämme in Pakistan, das Mahaveli-Projekt in Sri Lanka und die Sardar Sarovar- und Tehri-Projekte in Indien. Schätzungen der Wiedersiedlung allein in Indien zufolge wurden in den Jahren 1950 bis 1990 18,5 Millionen Menschen durch Entwicklungsprojekte vertrieben. Laut Angaben des Indian Social Institute gehören zu den 21,3 Millionen intern und aufgrund von Entwicklungsprojekten Vertriebenen diejenigen Menschen, die durch den Bau von Staudämmen (16,4 Millionen), den Betrieb von Bergwerken (2,55 Millionen), die Industrieentwicklung (1,25 Millionen) sowie die Schaffung von Wildschutzgebieten und Nationalparks (0,6 Millionen) umsiedeln mussten.¹⁸

Die Tatsache, dass Entwicklungsprojekte häufig in abgelegenen Dörfern, Anhöhen und Wäldern durchgeführt werden, bedeutet, dass

die Vertriebenen meist Indigene sind, die traditionell für Naturschutz sorgten. Die Vertreibung bedeutet für sie den Verlust ihrer Existenz, ihres Lebensraums und ihres Vermögens, die Zerstörung ihrer sozialen Ordnung sowie die Abtrennung vom Ökosystem, das sie versorgt hatte. Diese Vertreibungen bedrohen die Armen und Schwachen mit noch stärkerer Verarmung, was als besonders kritisch zu bewerten ist. Nur diejenigen Fälle, die die Aufmerksamkeit von Umwelt- und sozialen Aktivisten erlangen, werden bekannt gemacht und führen zu staatlicher Intervention. In den meisten Fällen ist das Ergebnis die totale Vertreibung mit dem Verlust von Heim und Existenz.

Außerdem hat es wiederholt massive Vertreibungen aufgrund von Überschwemmungen, Wirbelstürmen und Erdbeben gegeben. Nach der anfänglichen Unterstützung in Form von Katastrophenhilfe und Wiederaufbau werden Vertreibungen aufgrund von Naturkatastrophen niemals erfasst. Ein gravierender Aspekt der Vertreibung in dieser Kategorie ist die Tatsache, dass sie lautlos, aber akut und häufig stattfindet.

Ein Beispiel für die allmähliche Variante der Vertreibung ist das Farakka-Staudammprojekt in Bangladesch. Die Umleitung des Farakka-Flusses 1976 verursachte mehrere negative Umweltauswirkungen. In einem Bericht des Bangladesh Water Development Board wird die von Austrocknung, verstärkter Versalzung und Wasserknappheit für die Bewässerung betroffene Fläche auf fast 16.000 km² geschätzt. Die am stärksten beeinträchtigten Regionen sind die Khulna Divisions und der südliche Teil der Rajshahi Division. Dies wird in gewisser Hinsicht durch die Tatsache untermauert, dass die Zahl flacher Rammburgen einen Quantensprung verzeichnete: von 2.808 in den Jahren 1981 bis 1982 auf 38.200 in den Jahren 1989 bis 1990. Zum Vergleich: in Dhaka stieg die Zahl von 13.673 auf 34.347 und in Chittagong von 2.501 auf 5.105.¹⁹

Das Wassersystem des Ganges in Bangladesch ist die Lebensgrundlage für eine große Vielfalt an Frischwasserfischen und -krabben. Wasserorganismen und Flussfischerei sind durch die geringeren Wassermengen und die Stagnation in den Trockenperioden schwer geschädigt worden. Da mehr als 1,2 Millionen Menschen direkt und zehn Millionen Menschen indirekt von der Fischerei abhängig sind, hat der Verlust der Fischproduktion die Beschäftigung eines großen Teils der Bevölkerung in Bangladesch negativ beeinträchtigt.

Ein weiteres Beispiel für die allmähliche – sowohl interne als auch grenzüberschreitende – Migration ist die Zerstörung und Vertreibung aufgrund von Flusserosionen, die auf die Verlagerung von Flussläufen zurückzuführen sind. Eine Studie von Mahfuzullah, Nayan Bhowmick und Fazlul Bari zeigt, dass Flusserosion jährlich mehr als eine Million Bangladescher schadet und dass 19 Prozent der Slumbewohner in Bangladesch Opfer dieser Tragödie sind.

Die Mehrheit der illegalen Migranten nach Indien kommt – über die westbengalische Grenze – aus dem südwestlichen Teil von Bangladesch, hauptsächlich aus der Khulna-Division, d.h. Kushtia, Meherpur und Chuadanga Distrikte (Tabelle 3).

Swain führt diesen erkennbaren Rückgang in der Wachstumsrate der Bevölkerung auf illegale Migration in die angrenzenden Bundesstaaten Indiens zurück. Er prüft andere Indikatoren, darunter die Alphabetisierungsrate, die Verfügbarkeit von Familienplanung, offizielle Reisepässe, die Verteilung der Bevölkerung auf die verschiedenen Religionen, Fertilitätsraten, die Mortalität und Lebenserwartung, um festzustellen, ob dieser Rückgang natürlichen Ursprungs ist oder durch andere Faktoren zu erklären ist. Aber all diese Indikatoren können den Rückgang des Bevölkerungswachstums in der Khulna-Division nicht erklären.²⁰

Jährlicher Bevölkerungszuwachs in vier Divisionen von Bangladesch (Angaben in Prozent)

	1961 bis 1974	1974 bis 1981	1981 bis 1991
Chittagong	2,87	2,48	2,22
Dhaka	3,11	2,75	2,22
Khulna	3,31	2,41	1,62
Rajshahi	3,56	2,64	2,09
Bangladesch	3,21	2,57	2,03

Anmerkung: Seit Januar 1993 ist Khulna Division in zwei Verwaltungseinheiten unterteilt: Khulna und Barisal Divisions.

Quelle: Statistical Yearbook of Bangladesh, 1996, Bangladesh Bureau of Statistics, Dhaka, Juli 1993

II.2 Erzwungene Migration (Vertreibung)

Die Vertreibung in Südasien kann grob in drei Typen unterteilt werden.

Erstens: Der Staat ist der Hauptakteur bei der Vertreibung, um kulturelle Homogenität zu erreichen oder um die Vorherrschaft einer ethnischen Gemeinschaft über eine andere in sozioökonomischer und politischer Hinsicht durchzusetzen. Dies wird mittels offiziell angezogener oder organisierter staatlicher Aktionen als politisch populäre Politik verfolgt.

Zweitens: Regierungen haben Vertreibungen erzwungen, um mit politischen Dissidenten, die gegenüber dem Regime feindselig eingestellt sind, sowie mit Klassenfeinden fertig zu werden.

Und drittens: Erzwungene Migration wird unweigerlich genutzt als Teil der Strategie, außenpolitische Ziele zu erreichen.

Seit dem Kalten Krieg sind die Hauptursachen von Vertreibungen in Südasien diffuse, unorganisierte Gewaltausbrüche bzw. „Konflikte niedriger Intensität“. Diese Arten erzwungener Migration haben Millionen Menschen zu Flüchtlingen gemacht, darunter Rohingya in Bangladesch, Afghanen in Pakistan, Lhotsampas aus Bhutan in Nepal, Tibetaner und sri-lankanische Tamilen in Indien. Ihre Zahl beträgt etwa 1,53 Millionen, bzw. 13 Prozent aller Flüchtlinge der Welt (11,697 Millionen).²¹

Obwohl die meisten Länder Südasiens den großen internationalen Übereinkünften zu humanitären und Menschenrechtsfragen beigetreten sind, hat keines dieser Länder die UNO-Konvention von 1951 und das Protokoll von 1967 ratifiziert (Tabelle 4). Allerdings sind drei Länder (Bangladesch, Indien und Pakistan) Mitglieder des Exekutivkomitees (EXCOM) des UNHCR gewesen. Da diese zwei entscheidenden Übereinkünfte nicht ratifiziert wurden und dauerhafte institutionelle Strukturen zur Überwachung von Migrations- und Flüchtlingsangelegenheiten fehlen, ist die Vergabe des Flüchtlingsstatus Ermessenssache der politisch Verantwortlichen. Das Fehlen deutlicher und umfassender nationaler Rechtsordnungen zu diesem Themenkomplex führt dazu, dass die Situation fragiler geworden ist und nur von Fall zu Fall gemanagt wird.

Übereinkunft	Ban- gla- desch	Bhutan	Indien	Male- diven	Nepal	Pakis- tan	Sri Lanka
Protokoll über die Rechtsstellung der Flüchtlinge 1967	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein
Übereinkommen über die Rechtsstellung der Staatenlosen	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein

*Ja bedeutet Ratifizierung, Beitritt oder Staatennachfolge; @@ bedeutet Unterschrift, aber noch keine Ratifizierung.
Stand: 20. Februar 2002.*

Quelle: UNDP, Human Development Report 2002, Oxford University Press, New Delhi, S. 243-246

Andererseits haben die Länder Südasiens mit ihrer durchgängig starken humanitären Tradition die Hauptlast von Flüchtlingsbewegungen tragen müssen und haben sie in riesiger Dimension und großer Vielfalt relativ erfolgreich bewältigen können. Noch wichtiger: Sie haben die Last ausgehalten, ohne viel internationale Propaganda für sich als Verfechter der Menschenrechte und humanitärer Angelegenheiten zu betreiben. Sie sind überwiegend großzügig, offen und hartnäckig, sowohl bei der Unterbringung von Flüchtlingen als auch im Kampf für deren Sache. Tatsächlich haben ihre humanitäre Interventionen den reicheren Ländern, die eine begrenzte „Quote“ für die Aufnahme von Flüchtlingen haben, die Augen geöffnet. Allerdings unterstreichen die reicheren Länder des Nordens nur die Fehlentwicklungen und Ineffizienzen, die im Umgang mit einem solch massiven Exodus auftreten, und versuchen, einen Vorteil daraus zu ziehen, dass diese Länder das Übereinkommen und das Protokoll nicht unterzeichnet haben.²²

Nichtsdestoweniger soll dieses Argument nicht dazu dienen, die fehlende Ratifizierung der internationalen Übereinkünfte und die mangelnde Umsetzung in nationales Recht zu rechtfertigen. Tatsächlich haben manche dieser Länder die Vorteile, auf die sie im Vergleich mit den Unterzeichnerstaaten verzichtet haben, ebensowenig geprüft wie den Preis, den sie aufgrund der mangelnden Ratifizierung dieser Übereinkünfte zahlen müssen. In Ermangelung einer angemessenen Debatte über diese Übereinkünfte haben manche Länder auf Indiens

Führung in dieser Hinsicht gewartet. Es wird auch häufig argumentiert, dass viele Länder Südasiens diese Übereinkünfte ratifizieren und ein nationales Flüchtlingsgesetz erlassen werden, sobald Indien dies tut. In vielen ähnlichen Fällen in der Vergangenheit ist dies so eingetreten.

Bei der Gesetzgebung können südasiatische Länder zwei Wege einschlagen: Erstens, das Übereinkommen und das Protokoll zu unterzeichnen und gleichzeitig nationales Recht zu erlassen, um sowohl nationalen als auch internationalen Verpflichtungen nachzukommen, und zweitens, nationale Gesetze zu erlassen, die die besten Prinzipien des Übereinkommens aufnehmen.

Manche vertreten die Meinung, dass diese Länder in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des Exekutivkomitees des UNHCR politisch und moralisch gehalten sind, nationales Recht vorzuweisen, wenn nicht gar das Abkommen von 1951 zu unterzeichnen.²³

II.3 Willkürliche Aufnahme und irrationale Zurückweisung

Südasiens kennt eine breite Palette der Behandlung von Flüchtlingen - von der bereitwilligen Aufnahme über die feindselige Duldung bis hin zur Zurückweisung aufgrund nachlassender Solidarität und Hilfsbereitschaft. Manche dieser Länder haben aus eng gefassten politischen Gründen Flüchtlinge abgewiesen. Dabei haben sie den Status flüchtender Menschen auf eine Angelegenheit politischer Willkür reduziert. Im vergangenen Jahrzehnt gabe es einige Debatten über den Umgang mit Flüchtlingen in Südasiens, sowohl mit Blick auf die humanitäre Sicherheit als auch auf die politisch-rechtlichen Themen hinsichtlich der größeren Migrationsbewegung aus der südasiatischen Region heraus. Diese Debatten haben eine Reihe von Fragen im Zusammenhang mit nationalen Positionen zum Umgang mit Flüchtlingen an den Tag gebracht. In der ganzen Region gewinnt diese lebhafteste Debatte Unterstützung und mobilisiert intellektuelle Argumente für die Entwicklung von Kriterien der Wissenschaft, der Objektivität und der Nachhaltigkeit genügenden Normen für den nationalen Umgang mit Flüchtlingen. Dies könnte außerdem den Weg für eine dringend erforderliche regional abgestimmte Politik bereiten.

Es gibt mehrere Beispiele von Zurückweisung und Widerstand in der Region. Pakistan hat nur Afghanen Flüchtlingsstatus gewährt. Andere werden meist zu illegalen Immigranten erklärt, die keinen Anspruch auf eine Arbeitserlaubnis oder öffentliche Schulbildung haben. Die Regierung von Bangladesch begründet ihr Einreiseverbot für die nächste Gruppe Rohingyas aus Myanmar damit, dass das Land nicht auf unbestimmte Zeit die Last tragen könne. Manche Einreisewillige sind von den Sicherheitskräften mit Gewalt in ihre Heimat zurückgeführt worden. Falls es einigen gelungen sein sollte, nach Bangladesch zu gelangen, halten sie sich nicht in den Flüchtlingslagern auf. Sie können so weder Unterstützung noch Schutz vom UNHCR erhalten.²⁴

Der Widerstand sowohl gegen eine soziale als auch gegen eine administrative Unterstützung der Flüchtlinge trat in Pakistan in den frühen neunziger Jahren immer offener zu Tage. Der Bericht des Sonderberichterstatters des UN Wirtschafts- und Sozialrats (1994) stellt diesen wachsenden Widerstand klar heraus:

„Die Politik Pakistans bezüglich afghanischer Flüchtlinge ist ebenfalls geändert worden. Zusätzlich zu strengeren Visumpflichten und Formalitäten an der Grenze ist von einer Veränderung der Einstellung gegenüber afghanischen Flüchtlingen berichtet worden, insbesondere seitens der pakistanischen Polizei. Es wird behauptet, dass afghanische Flüchtlinge unter erheblichen Druck geraten sind, besonders seit Oktober 1994. Die Kontrolle ihrer Identitätspapiere ist Berichten zufolge strenger geworden, und zahlreiche Personen sind angeblich um Geld gebeten worden, auch wenn sie im Besitz der erforderlichen Dokumente waren [...] es wurden Anschuldigungen der Bestechung und der willkürlichen Einkerkering afghanischer Flüchtlinge, die nicht zahlen konnten, laut. Manche mussten Berichten zufolge im Gefängnis bleiben, bis es ihren Familien gelang, das geforderte Geld für ihre Freilassung aufzutreiben. [...] Insbesondere wurde über einen Vorfall berichtet, der sich in der Gegend von Bord in Peshawar zugetragen hat. Dort hatten viele Afghanen Land gepachtet und Geschäfte aufgemacht. Berichten zufolge wurden diese Läden mit Planierrauben in den nahe gelegenen Fluss geräumt. Eine Anzahl Kunden wurde angeblich mit den Ladenbesitzern in den Fluss geschoben.“²⁵

Manche Regierungen, z.B. die pakistanische, haben den Begriff „Flüchtlinge“ für die Bezeichnung von Söldnern bzw. Militanten der POK (Pakistan Occupied Kashmir) verwendet, die sich terroristischen

Aktivitäten in Jammu und Kaschmir widmen. In Pakistan fallen Flüchtlinge – mangels spezifischer Verfassungsvorschriften zu deren Behandlung – unter den Foreigners Act 1946 (Ausländergesetz von 1946) und dem Foreigners Order 1951 (Rechtsverordnung betr. Ausländer von 1951).²⁶ Das Gesetz von 1946 besagt, dass „die Bundesregierung Rechtsverordnungen erlassen darf, die entweder allgemein oder bezüglich aller Ausländer oder bezüglich eines bestimmten Ausländers oder jeglicher vorgesehenen Klasse oder Typ von Ausländern die Einreise nach Pakistan, ihre Ausreise von dort oder ihren Aufenthalt oder weiteren Aufenthalt verbieten, regulieren oder einschränken“.²⁷

In Indien werden Flüchtlinge gemäß dem Foreigners Act 1946 (Ausländergesetz von 1946) und dem Passport Act (Reisepassgesetz) wie andere Ausländer behandelt. Sie unterliegen inländischen Gesetzen, die die Einreise und den Aufenthalt von Ausländern steuern. Das Fehlen eines rechtlichen Regimes bezüglich Einwanderung und Flüchtlingen hat sogar auf die Verwendung des Begriffs „Flüchtling“ in Indien eine verheerende Wirkung gehabt. Die Verwaltungsrichtlinien bezeichnen diese Personen, die die Grenze nach Indien überschritten haben, u.a. Chakmas, Tibetaner und sri-lankanische Tamilen, als „Flüchtlinge“, obwohl der Begriff in keinem rechtlichen Dokument zu finden ist. In den meisten Fällen werden Flüchtlingsprobleme auf Grundlage von Verwaltungsrichtlinien behandelt. Dieses Gesetz gibt der Exekutive weit reichende Befugnisse. Es gibt Möglichkeiten für die Behörden, diese Befugnisse zu missbrauchen. In den letzten 20 Jahren hat es im Großen und Ganzen vier verschiedene Situationen gegeben, in denen Indien (i) manche Flüchtlinge animiert hat; (ii) andere Flüchtlinge vorgezogen hat; (iii) viele Flüchtlinge diskriminiert hat und (iv) sich mancher Flüchtlinge unverhohlen erwehrt hat. Alle diese Situationen werden hauptsächlich durch das Fehlen einer nationalen Gesetzgebung und angemessenen institutionellen Umsetzung zum Umgang mit diesen Flüchtlingen ausgelöst. Die Frage wird noch viel komplizierter, denn es gibt 28 Bundesstaaten, die manchmal diametral entgegengesetzte Ansichten über die Aufnahme von Flüchtlingen und den Umgang mit ihnen haben. Gelegentlich sind wachsende Widersprüche und Konflikte zwischen den Perspektiven der jeweiligen Bundesstaaten und der Unionsregierung festzustellen.

„Eine weitere große Schwierigkeit besteht darin, dass unsere Verwaltungsmitarbeiter auf den unteren Ebenen nichts über Flüchtlingsrecht wissen, es sei denn, dass es eine nationale Gesetzgebung gibt. Flücht-

linge werden festgenommen und eingekerkert, weil sie illegal im Land sind. In einem Fall gab ein Flüchtling im Gefängnis an, dass er in Birma getötet würde, sollte er zurückgeschickt werden. Was geschah? Das Gericht erteilte ihm die Genehmigung, nach Delhi zu reisen, um zu versuchen, vom UNHCR die Anerkennung als Flüchtling zu erlangen. Es gibt weitere Beispiele, die klar zeigen, dass die Menschen nichts vom Flüchtlingsrecht verstehen. Einmal verfügte ein Richter, dass eine Person nach Ablauf ihrer Aufenthaltserlaubnis nach Delhi geschickt werden solle, sodass der UNHCR sie deportieren würde. Wie kommt er darauf, dass es dem UNHCR obliegt, sie zu deportieren?"²⁸

Ob die sri-lankanischen tamilischen Flüchtlinge als Flüchtlinge aufgenommen werden, hängt davon ab, welche Partei im indischen Bundesstaat Tamil Nadu gerade an der Macht ist. Viele Jahre lang wurden sri-lankanische tamilische Flüchtlinge in der Tat nicht „ermutigt“, nach Indien zu kommen. Allerdings hat das Attentat auf Rajiv Gandhi im Jahre 1991 das Pendel ins andere Extrem ausschlagen lassen. Plötzlich waren sie unerwünscht. Die Regierung des Bundesstaats hat für tamilische Flüchtlinge buchstäblich das Tor zugeschlagen. Die sri-lankanische Marine, die indische Marine und die Küstenwache haben ihre Überwachungstätigkeiten in der Palkstraße intensiviert und beschlagnahmten etliche Boote, die Fischer aus Sri Lanka und Tamil Nadu für den Transport von Flüchtlingen benutzten.²⁹

In den Fällen von Einzelpersonen oder kleinen Gruppen, etwa aus Birma, hat die indische Regierung im allgemeinen ihre Autorität, den Status von Asylsuchenden zu bestimmen, an den UNHCR abgetreten. Gleichzeitig ist festzustellen, dass ein Teil der indischen Regierung mit den (politischen) Flüchtlingen aus Myanmar sympathisiert, indem sie sie sowohl offen als auch geheim unterstützt, während die Regierung als Ganzes beste Beziehungen zur Junta in Myanmar, gegen die diese Flüchtlinge kämpfen, pflegt. Wie ist das zu verstehen?

Bhutan und Nepal haben keine gemeinsame Grenze. Daher war das erste Asylland für die flüchtenden bhutanesischen Lhotsampas ausschließlich Indien, und die Flüchtlinge versuchten, sich in den angrenzenden indischen Distrikten Jalpaiguri und Darjeeling niederzulassen. Sie wurden von den Sicherheitskräften von West Bengal vertrieben, denn die bengalische Regierung fürchtete, sie würden die Gorkhaland-Bewegung in Darjeeling anheizen. Die Menschen dort kämpfen für einen eigenen Bundesstaat im Rahmen der indischen

Verfassung.³⁰ Es gibt eine große Zahl unbeantworteter Fragen, die sowohl die Verletzung internationaler Normen, besonders des Grundsatzes der Nicht-Zurückweisung, als auch die Engstirnigkeit der herrschenden Eliten in West Bengal aufzeigen. Hier waren die Flüchtlinge eine rein lokale Angelegenheit. Der Unwillen seitens der lokalen und bundesstaatlichen Behörden, diese Flüchtlinge aufzunehmen, deckte sich mit dem langfristigen Einbinden von Bhutan seitens der Unionsregierung bezüglich geopolitischer Themen und strategischer Überlegungen. Also war es eine Frage des beidseitigen Entgegenkommens. Allerdings war dies völlig anders als die Aufnahme der Wirtschaftsflüchtlinge aus Bangladesch, die seit Langem willkommen waren und in verschiedenen Distrikten in Darjeeling und Jalpaiguri von den lokalen und bundesstaatlichen Behörden angesiedelt worden waren, trotz der allgemeinen Politik der Unionsregierung, die solche grenzüberschreitende Migration einschränkte. Potenzielle Konflikte zwischen der Unionsregierung und dem Bundesstaat konnten nur deshalb vermieden werden, weil die Regierung von West Bengal sich behaupten und durchsetzen konnte. An dieser Stelle ist es erforderlich, für mehr Sicherheit, Transparenz und Rechenschaftspflichtigkeit im Flüchtlingsrecht zu sorgen.

II.4 Wirtschaftsflüchtlinge

Armut und Migration korrelieren meist sehr stark positiv miteinander, und dies gilt sowohl für interne als auch für grenzüberschreitende Migration. Eine Reihe von Studien zeigt, dass die Tragfähigkeit einer bestimmten Region und die Übernutzung von Ressourcen unweigerlich zu Fragen der Nachhaltigkeit führt, die die Existenzgrundlagen und das ökologische Gleichgewicht betreffen. Das relevanteste Migrationsphänomen in Südasien ist die armutsbedingte Vertreibung. Sie verläuft häufig allmählich und wird manchmal sichtbar, wenn sie von Umweltfaktoren ausgelöst wird.

In Südasien gibt es Gegenden mit einer hohen Konzentration armer Menschen. Von dort aus hat es massive Flüchtlingsbewegungen in ganz Südasien gegeben. Die internen Dynamiken dieser Fluchten werden hauptsächlich deswegen erfasst, weil sie innerhalb der Nation stattfinden, wohingegen die externen Dimensionen wahrgenommen, erfasst und debattiert werden, wenn sie mit Themen wie Sicherheit, lokalem Widerstand und politischer Akzeptanz zu tun haben.

Wirtschaftsflüchtlinge migrieren primär aufgrund von Armut in ihren Heimatregionen bzw. -ländern.

In Nepal gibt es seit jeher Migration - vom Land in die Stadt wie auch grenzüberschreitend - als Folge regionaler Disparitäten und Armut. Der *Human Development Report* von Nepal zeigte auf, dass Distrikte wie Dang, Rolpa, Dhading, Baitadi, Dolpa und Jajarkot in West und Far Western Nepal HDI-Werte (*Human Development Index*, Wohlstandsindikator der Vereinten Nationen für Länder) von weniger als 0,3 aufweisen, im Gegensatz zu 0,6 in Kathmandu. Für den geschlechtssensiblen Entwicklungsindex (GDI) weisen diese Distrikte noch niedrigere Werte auf.³¹ Obwohl die Zahl der Industrieansiedlungen in Nepal stetig gestiegen ist - 1679 Fertigungsunternehmen sind in Betrieb und 202 im Bau³² - ist ihre räumliche Verteilung sehr ungleichmäßig. Mehr als 70 Prozent aller Einheiten in Betrieb befinden sich in der Central Development Region, 17 Prozent in der Eastern, acht Prozent in der Western, drei Prozent in der Mid-Western und zwei Prozent in der Far-Western Development Region. In 42 der 75 Distrikten sind Unternehmen angesiedelt, aber in den übrigen 33 Distrikten keine.

Diese Ungleichverteilung sowohl der Entwicklungsleistungen als auch der Entwicklung der Fähigkeiten der Menschen erklärt die anhaltende Opposition der *Maoisten* in sozioökonomischen Angelegenheiten sowie das Wiederaufleben der Kasten und ethnischen Gruppen in verschiedenen Regionen Nepals. Die Maoisten betreiben eine zum Staat parallele Verwaltung, erheben Steuern und haben die Durchführung von Kommunalwahlen für 75 Dorfgemeinschaftsräte verhindert. Sie haben im Laufe der letzten sechs Jahre Orgien der Gewalt angerichtet, Terrorkommandos organisiert und hunderte Menschen getötet. Diese Angelegenheiten erweisen sich schnell als Schlüsselfaktoren für die Politik und manifestieren die destabilisierenden Symptome im Königreich im Himalaya. Die meisten Migranten aus Nepal kommen aus den armen *West* und *Far Western Development Regions*, und diese Entwicklung wird sich wahrscheinlich in Zukunft verschärfen.

Q. K. Ahamad führt aus, dass die bedrückende Armut in Bangladesch sowohl von einer niedrigen Wachstumsrate als auch von ausgeprägter sozioökonomischer Ungleichheit charakterisiert ist.³³ Gemäß der Armutsschätzung (Erhebungsmethode auf Basis der Haushaltsaus-

gaben), die vom Statistischen Büro von Bangladesch (BBS) für 1997 bis 1998 durchgeführt wurde, lebten 59 Millionen Menschen in absoluter Armut (48 Prozent) und 31 Millionen in extremer Armut (25 Prozent). Zwei weitere Hauptindikatoren zeigen, dass der Druck auf die Menschen enorm ist, insbesondere auf diejenigen, die unterhalb der Armutsgrenze leben. Die Einkommensverteilung ist nach wie vor ungleich, und die landwirtschaftliche Fläche schrumpft.

Die meisten Migranten kommen aus ländlichen Gegenden, denn 80 Prozent der Menschen in Bangladesch leben auf dem Lande. Die Fähigkeit ländlicher Gebiete, die Bevölkerung zu halten, ist aus Umwelt- und Strukturgründen stark gesunken. Letzteres ist das ernsthaftere Problem, denn der Strukturwandel hat traditionelle Anbaumuster und die bäuerliche Landwirtschaft deutlich verändert. Zum Beispiel sind die landwirtschaftlichen Tätigkeiten, die früher eine große Zahl ländlicher Haushalte beschäftigt und absorbiert haben, stark zurückgegangen. Dies ist durch folgende Tatsache zu erklären: Rohe Jute (123,9 Millionen US-Dollar) und Juteprodukte (293,1 Millionen US-Dollar) machten 1986 bis 1987 zusammen 51 Prozent der gesamten Exporteinnahmen (819 Millionen US-Dollar) aus, und diese Zahlen sind bis zum Zeitraum 1997 bis 1998 auf 7,5 Prozent (rohe Jute: 107,8 Millionen US-Dollar, Juteprodukte 281,4 Millionen US-Dollar und Exporteinnahmen insgesamt auf 5.161,2 Millionen US-Dollar) drastisch gesunken. Schwerer wiegt, dass in realen und nominalen Zahlen ein absoluter Rückgang zu verzeichnen war.³⁴

In ähnlicher Weise haben Waren wie Tiefkühlprodukte und Tee, die eine große Zahl Arbeitskräfte im ländlichen Raum absorbiert haben, bezüglich der Exporte bedeutende Rückschläge erlitten. Tiefkühlprodukte und Tee machten 1986 bis 1987 13,82 Prozent (113,2 Millionen US-Dollar) bzw. vier Prozent (32,8 Millionen US-Dollar) der Gesamtexporte aus; bis zum Zeitraum 1997 bis 1998 waren diese Zahlen auf 5,69 Prozent (293,8 Millionen US-Dollar) bzw. 0,92 Prozent (47,5 Millionen US-Dollar) gesunken. Obwohl der Anteil gewebter Kleidung im selben Zeitraum stark gestiegen ist, von 16,05 Prozent (131,5 Millionen US-Dollar) auf 55,09 Prozent (2843,3 Millionen US-Dollar), wurden weniger Arbeitskräfte von diesem Sektor absorbiert als von den arbeitsintensiven Sektoren, etwa Jute, Fisch und Tee, freigesetzt wurden. Ein ebenso gravierendes Problem ist die Nachhaltigkeit der Kleidungsbranche, insbesondere nach dem Auslaufen des Welttextilabkommens unter dem Regime der Welthandelsorganisation (WTO).

Ob sie illegale Migranten, Wirtschaftsflüchtlinge, Flüchtlinge oder Eindringlinge genannt werden, hängt von den politischen Parteien, Initiativen und Interessensgruppen ab, die ihre Sache unterstützen oder ihr entgegenwirken. Die meisten dieser Migranten werden in der Region aufgenommen. Ihre geografischen Ziele hängen von den folgenden Faktoren ab:

- i) leichte physische Zugänglichkeit, z.B. die Chakmas aus Bangladesch, die in den angrenzenden indischen Bundesstaat Tripura migrieren, Nepalesen, die in die östlichen und westlichen Teile Indiens kommen, und Wirtschafts- und Umweltflüchtlinge, die nach Assam und West Bengal gehen;
- ii) kulturelle und sprachliche Ähnlichkeit, was in den Fällen der Migrationen nach West Bengal, Tripura und Assam leicht zu beobachten ist;
- iii) offene wie geheime politische Unterstützung seitens der Regierung des aufnehmenden Landes.

Die Hauptziele der Migranten aus Bangladesch sind West Bengal und die nordöstlichen Bundesstaaten Indiens.

II.5 Migration und Konflikte

Migration ist Teil der sich verändernden Dynamik der südasiatischen Gesellschaft, in der es mehrere verschiedene Grenzregime gibt. An vielen Orten hat die Migration den sozioökonomischen Entwicklungsprozess erleichtert und gefördert. Sie hat die Konsolidierung des sozialen und nationalen Integrationsprozesses unterstützt. Andererseits hat die Migration auch zu Konflikten geführt, und zwar in der folgenden Reihenfolge: Bevölkerungsmigration – migrationsinduzierte Knappheit, politische und soziale Ungleichgewichte und Verzerrungen – Konflikt.

Durch Migration ausgelöste Konflikte sind in vielen Gebieten Südasiens häufig zu verzeichnen, sowohl innerhalb als auch außerhalb des Landes. Der Prozess der Globalisierung wird zu größerer Komplexität des gesamten Spektrums der Achse Armut – Migration führen. Die nordöstliche Region Indiens hat sich als wichtiger Gastgeber für Migranten aus dem In- und Ausland erwiesen. Es gibt dort Biharis, Bengalis und Santhals aus Indien sowie Bangladescher, Nepalesen, Bhutaner und Myanmarer aus dem Ausland. Die Dynamiken der

Konflikte werden durch das Zusammenspiel von Waffen- und Drogenschmuggel sowie ethnischen Zusammenstößen innerhalb der einzelnen Bundesstaaten komplexer. Der Nordosten hat eine kurze gemeinsame Grenze mit Indien, aber eine sehr lange Grenze zu anderen Ländern. Außerdem handelt es sich um eine wirtschaftlich arme Region, die aber über viele natürliche Ressourcen verfügt.

Die Schätzungen der Migrantenzahlen in Südindien gehen auseinander. Nepalesen können gemäß Artikel 6 und 7 des Friedens- und Freundschaftsabkommens zwischen Indien und Nepal von 1950 nach Indien einreisen, was im Gegenzug auch für Inder bei der Einreise nach Nepal gilt, und da die Grenzen zwischen den beiden Ländern offen sind, gibt es keine zuverlässigen Schätzungen der Zahl der nepalesischen Migranten nach Indien. Auch die Schätzungen der Immigranten aus Bangladesch nach Indien variieren. Das Innenministerium schätzt ihre Zahl auf zehn bis 15 Millionen³⁵ (India Today, Ausgabe vom 10. August 1998). Die Zahl illegaler Migranten aus Bangladesch auf wird auf rund elf Millionen geschätzt, die mehrheitlich nach West Bengalen und Assam migrieren.

Obwohl Migration nach Assam seit mindestens 100 Jahren stattfindet, sind die Konflikte, die durch die Migrantenbevölkerung ausgelöst wurden, erst eine Erscheinung der letzten beiden Jahrzehnte. Diese Konflikte sind gewalttätig und haben zeitweilig eine ernsthafte Gefährdung des Gemeinwesens dargestellt. Studenten, paramilitärische und militärische Kräfte, politische Führer und Parteien, extremistische Elemente und religiöse Institutionen oder Gruppen sind wichtige Akteure gewesen, und Migranten und nicht zu den ursprünglichen Bewohnern, den Ahoms, zählende Personen waren ihr Angriffsziel. Bei den ursprünglichen Bewohnern wurde ein starkes Gefühl des Nativismus erzeugt, und dieser Konflikt zwischen ihnen und den Migranten geht in das Machtgleichgewicht unter den Eliten in der aufnehmenden Gesellschaft ein.³⁶

In diesem Konflikt zwischen ursprünglichen Bewohnern und Migranten sind Veränderungen bemerkbar. Die Bewegung richtete sich zunächst gegen die Bengalis, dann gegen die Bangladescher und jetzt gegen die Nepalesen, Marwarer und Biharier. Allerdings hat der Konflikt in Assam neben der Migration weitere Ursachen, darunter soziokulturelle Entfremdung, stetiger wirtschaftlicher Abstieg und die wiederholte Teilung Assams in viele kleinere Bundesstaaten.

Der gegenwärtige Gouverneur von Assam hat in einem kürzlich der Unionsregierung vorgelegten Bericht drei Hauptimplikationen dieses Migrationskonflikts aufgezeigt:³⁷

- i) Das kulturelle Überleben Assams wird gefährdet sein, die politische Kontrolle der Assamesen wird geschwächt werden und ihre Beschäftigungsmöglichkeiten werden untergraben werden. Es wird wahrscheinlich mehr Gewalt geben, die sich in andere Teile Indiens ausbreiten könnte.
- ii) Dies hat gravierende Implikationen für die Sicherheit. Die stille und verhasste demografische Invasion Assams könnte zum Verlust der geostrategisch lebenswichtigen Distrikte von Lower Assam führen. Der Zustrom dieser illegalen Migranten verwandelt diese Distrikte in eine Region mit einer muslimischen Mehrheit. Es wird nur eine Frage der Zeit sein, bis die Forderung nach einer Fusionierung mit Bangladesch aufkommt. Das schnelle Wachstum des internationalen islamischen Fundamentalismus könnte der Motor für diese Forderung sein. Der Verlust von Lower Assam wird den Nordosten vom übrigen Indien abtrennen, und die reichen natürlichen Ressourcen jener Region werden der Nation verloren gehen.
- iii) Da die Minderheit 30 Prozent der Bevölkerung stellt, kann sie in der assamesischen Politik großen Einfluss ausüben.

Inwiefern diese Implikationen fundiert, bewertet und untersucht sind, wird auf allen Ebenen diskutiert. Die Tatsache bleibt, dass diese Migranten gewinnbringend in das System aufgenommen werden, und zwar aufgrund ihrer spezifischen Eigenschaften, wie folgt:

- a. hart arbeitend und abgehärtet;
- b. billige Arbeitskräfte, die niedrige Löhne und harte Arbeitsbedingungen akzeptieren;
- c. gute Anpassungsfähigkeit und hohe Akzeptanz;
- d. in jeder Art Arbeitssituation leistungsfähig, inklusive Hausarbeit;
- e. einfaches Leben in Gruppen;
- f. inhumane Wohnbedingungen akzeptierend wie zum Beispiel die Chars (Flussinseln), die durch Veränderungen der Flussläufe in Assam gebildet werden.

Allerdings breiten sich die Symptome von Konflikten zwischen der einheimischen Bevölkerung und Migranten in andere angrenzende Bundesstaaten (Tripura, Mizoram, Meghalaya, Nagaland und Manipur) aus. Es gibt Fälle, in denen die Immigranten bewaffnet waren und sich als eigene politische Formationen organisiert hatten. Die Politisierung der Immigrantenfrage hat ihre Militanz konsolidiert.³⁸

Mittels Propaganda, öffentlichen Kampagnen und dem bewussten Einsatz offizieller Apparate soll den gegen die Regeln verstoßenden Migranten ein kriminelles Image verliehen werden. Der Zweck ist, sowohl ihre Einreise zu verhindern als auch potenzielle Arbeitgeber innerhalb eines Landes von der Beschäftigung dieser Menschen abzuschrecken. Obwohl es zumeist nur eine äußerst spärliche wissenschaftliche Grundlage für das Image dieser Migranten gibt, sind die Versuche, sie als kriminell und als Bedrohung für die Sicherheit abzustempeln, gut geplant und organisiert.³⁹

Der Versuch, sie mit Sicherheitserwägungen in Verbindung zu bringen, berührt politische Dimensionen, etwa prozedurale und Verteilungsgerechtigkeit betreffende, rechtliche oder staatliche Dimensionen wie Souveränität und Legitimität sowie ethische oder normative Dimensionen wie Staatsangehörigkeit, Gerechtigkeit und Partizipation. Die Medien haben eine Schlüsselrolle bei der Verbreitung dieses Phänomens gespielt und dabei Angst und Vorurteile unter der einheimischen Bevölkerung geschürt. Dies bedient auch die Agenda der politischen Eliten. Es gibt lautstarke Kritiker dieser zunehmenden Praxis, Migranten mit Sicherheitsfragen in Verbindung zu bringen.

Die aufnehmenden Länder profitieren sehr wohl von der geschürten Unsicherheit aufgrund der gegen die Regeln verstoßenden Migranten. Die Migranten werden in ständiger Unsicherheit gehalten und der Eindruck wird erweckt, dass sie Verbrechen begehen und daher zur gesellschaftlichen Unsicherheit beitragen. Dieses „latente Vorurteil“ wird dann manifest, wenn die staatlichen Behörden solche Verbrechen absichtlich übertreiben. Dies erzeugt in der Öffentlichkeit eine gegen die Migranten gerichtete Einstellung, was wiederum jegliche kollektive Verhandlung von Seiten der Migranten für bessere Konditionen blockiert und die Regierung daran hindert, großzügige Gesetze für dieselben zu erlassen. Tatsächlich inspiriert es den Staat, auch die Tore zu schließen, die er in der Vergangenheit - wenn auch widerwillig - offen gehalten hat.

Die andere kritische Frage ist die nach der größtenteils absichtlichen diskriminierenden Darstellung von Migranten, besonders derjenigen, die gegen die Regeln verstoßen.

II.6 Vorbeugende Maßnahmen: Der Ansatz der menschlichen Sicherheit⁴⁰

Die Regierung, aggressive Meinungsführer und Teile der Zivilgesellschaft haben verschiedene Ideen zu Abwehrmaßnahmen gegen Migranten in Umlauf gebracht. Manche wurden energisch in die Tat umgesetzt, zunächst der Prevention of Infiltration from Pakistan Scheme (PIP, Prävention der Infiltration aus Pakistan-Plan) im Jahre 1964, nach dem Wachposten, Patrouillen und Passkontrollstellen eingerichtet wurden. Die Border Security Force (Grenzsicherungstruppe) wurde 1965 gegründet.

Das Assam-Abkommen von 1985, in der schwierigen Zeit nach der Assam-Bewegung, hatte zwei wichtige präventive Komponenten: Erstens die effektive Umsetzung des Illegal Migrants/Determination by Tribunal Act (Gesetz über illegale Migranten/Feststellung durch Tribunal) von 1983, um Ausländer aufzuspüren und zu deportieren, und zweitens ein Grenzzaun. Da diese Maßnahmen größtenteils unwirksam geworden sind, wurden andere Vorschläge diskutiert, darunter die Grenzsicherung an den Flüssen mit Grenzsicherungsposten auf dem Wasser, Vielzweckpersonal ausweise mit Foto, die Registrierung von Geburten und Sterbefällen und die Führung eines eigenen Registers für illegale Immigranten (Staatenlose).

Allerdings wird die effektivste und nachhaltigste Abwehrwirkung zu erreichen sein, indem man sich mit den Gründen für die Migrationsbewegungen beschäftigt. In der armen Region sind es die relativ ärmeren Regionen oder Länder, aus denen Migranten an einen vermeintlich besseren Ort ziehen. In der Vergangenheit hat der Ansatz der Entwicklungszusammenarbeit die endemische Armut in Südasien nicht vermindern können. Das Versagen traditioneller intervenierender Ansätze ist drei hervorstechenden Ursachen zugeschrieben worden.

Erstens wurde das Wissen, das in den Industrieländern perfektioniert und erprobt worden war, gewaltsam transferiert und dieser Region oktroyiert. Zweitens ging der Ansatz davon aus, dass arme Gemeinschaften harmonische Einheiten seien, und missachtete die harten

Realitäten, etwa Abhängigkeitsverhältnisse in einem Dorf sowie Konflikte aufgrund von Geschlechtszugehörigkeit und Problemen mit der Gerechtigkeit, die die Effektivität der Entwicklungshilfeleistungen negativ beeinflussen. Und schließlich vernachlässigte die Entwicklungshilfe das Thema der Einkommensverteilung. Als sich herausstellte, dass die Armen nicht profitierten, wurden alle möglichen staatlichen Mechanismen eingeführt, die jedoch wichtige Details außer Acht ließen.⁴¹ Außerdem ist der Mechanismus, mit dem Entwicklungshilfeleistungen erbracht werden, ineffektiv geblieben, da er stark auf einem unsensiblen bürokratischen System aufbaut.

Die chronische Armut in Südasien ist aufgrund ihrer Komplexität und der andauernden globalisierungsbedingten Wirtschaftsreformen ein kritischer Punkt auf der Tagesordnung auf regionaler Ebene. Die Independent South Asian Commission on Poverty Alleviation (Unabhängige südasiatische Kommission für Armutsbekämpfung), die 1991 beim Gipfel in Colombo von den Staatsechfs und Regierungen der *South Asian Association for Regional Cooperation* (SAARC) eingesetzt wurde, untersuchte die Ursachen und Folgen der anhaltenden Armut in Südasien. Die Kommission zog Lehren aus der „erfolgreichen und nachhaltigen“ Erfahrung vor Ort und identifizierte die kritischen Elemente einer kohärenten Strategie der Armutsbekämpfung. Sie hatte anspruchsvolle makroökonomische Ziele für die Armutsbekämpfung in Südasien bis zum Jahr 2002 gesetzt. Die Region benötigt eine jährliche Wachstumsrate von 9,1 Prozent, eine Verdopplung des Pro-Kopf-Einkommens von 300 auf 600 US-Dollar, eine Reduzierung des ansteigenden Kapitalkoeffizienten von 4:1 auf 3:1 und eine Erhöhung der marginalen Sparquote vom gegenwärtigen Niveau auf mindestens 27 Prozent.⁴²

Der auf menschliche Entwicklung abzielende Ansatz macht fehlendes politisches Engagement für das Versagen in dieser Hinsicht in den letzten Jahrzehnten verantwortlich. Dies spiegelt sich in der Unfähigkeit, angemessene Politiken zur Überwindung fortdauernder Entbehrungen einzuführen, wider. Dieser Ansatz betrachtet die Menschen als die tatsächliche Quelle des Reichtums und betont die Entwicklung menschlicher Fähigkeiten. Er sieht ihre Expansion und extensive Nutzung vor, während er auch die Bandbreite an Wahlmöglichkeiten, die den Menschen offen stehen, betont.⁴³

Die menschliche Entwicklung betont zwei Aspekte der menschlichen Fähigkeiten – die Herausbildung dieser Fähigkeiten sowie ihre Nutzung. Zu ersterem gehören Verbesserungen der Gesundheit und Beförderung des Wissens, während letzteres Freizeit-, politische, ökonomische und soziale Aktivitäten umfasst. Sollte zwischen der Herausbildung und der Nutzung menschlicher Fähigkeiten eine Divergenz auftreten, würde sie zum Verlust menschlicher Entwicklung führen, da sie das Funktionieren von Marktmechanismen und politischer Entscheidungsfindung im Land beeinträchtigen würde.

Politiken müssen sowohl auf die Formierung menschlicher Fähigkeiten als auch auf ihre Nutzung in einem breiten Spektrum an Aktivitäten abzielen. Die Rolle der Politik sollte daher sein, die Wahlmöglichkeiten der Menschen bezüglich materieller und nicht-materieller Bedürfnisse zu erweitern. Denn diese schematische Entwicklung einer angemessenen Atmosphäre ist dort kritisch, wo „menschliche Freiheit“ gewährleistet wird, um diese inneren Stärken bei produktiven und kreativen Aktivitäten anzuwenden. Die Wahlmöglichkeiten der Menschen sollen durch „zusätzliche Optionen“, die positive Effekte auf die Formierung und Nutzung menschlicher Fähigkeiten haben, ergänzt werden. Diese zusätzlichen Optionen umfassen „nicht materielle Grundbedürfnisse“ wie politische Freiheit, garantierte Menschenrechte, Freiheit der Meinungsäußerung sowie Selbstachtung. Ihre Entwicklung sollte auf die Vergrößerung der Wahlmöglichkeiten der Menschen und ihrer Freiheit, davon Gebrauch zu machen, abzielen.

- 1| *Overseas Development Institute, Internal Migration, Poverty and Development in Asia, Briefing Paper, Oktober 2006.*
- 2| *Debroj, Bibek & Laveesh Bhandari, India Today, New Delhi, 25. August 2003.*
- 3| *India Today, New Delhi, 25. August 2003.*
- 4| *Munda Setalli, zitiert in Bibhuti, „Mined minds“, Tehelka, New Delhi, 21. Januar 2006.*
- 5| *Sharma, Kalpana, „Dabhol Power Plant: Not yet out of the woods“, The Hindu Survey of the Environment 1995, Madras.*
- 6| *Sood, Varun, „Forests into Aluminium“, Tehelka, New Delhi, 17. Dezember 2005.*
- 7| *Pathi, Bibhuti, „Mined minds“, Tehelka, New Delhi, 21. Januar 2006.*
- 8| *Langa, Mahesh, „A Devastating Cyclone... A Ravaging Tsunami...The Gujarat Government doesn't care“, in: Tehelka, New Delhi, 6. August 2005.*
- 9| *Singh, Y. D., Director, Bhuj based Gujarat Institute of Desert Ecology, Kutch, zitiert in: Tehelka, New Delhi, 6. August 2005.*

- 10| *World Refugee Survey, Washington, 1998; Walter Fernandes, Direktor des Programme of Tribal Studies am Indian Social Institute schätzte, dass die entwicklungsinduzierte Vertreibung in Indien auf bis zu 30 Millionen gestiegen ist (Interview mit Down to Earth, New Delhi, 15. Februar 1999); Hampton, Janie (Hg.), Internally Displaced People : A Global Survey, Earthscan Publications Ltd, London, 1998.*
- 11| *Migration in India, 1999-2000, NSS 55th Round (Juli 1999 - Juni 2000), Report No. 470, National Sample Survey Organisation, Ministry of Statistics & Programme Implementation, Government of India, September 2001.*
- 12| *Ravi S. Srivastava, „India Internal Migration Links with Poverty and Development“, Country Paper, vorgestellt bei der Regional Conference on Migration and Development in Asia, Lanzhou, China, 14.-16. März 2005, Konferenz vom britischen Department for International Development gefördert.*
- 13| *Zu diesen Gesetzen gehören das Minimum Wages Act (Gesetz über den Mindestlohn), 1948; the Contract Labour (Regulation and Abolition) Act (Gesetz über Leiharbeit [Regulierung und Abschaffung]), 1970; the Equal Remuneration Act (Gesetz über gleiche Bezahlung), 1976; the Building and Other Construction Workers (Regulation of Employment and Conditions of Service) Act (Gesetz über Bauarbeiter [Regulierung der Beschäftigung und der Arbeitsbedingungen]), 1996; the Workmen's Compensation Act (Gesetz über die Berufsunfallversicherung), 1923; the Payment of Wages Act (Gesetz über die Zahlung von Löhnen), 1936; the Child Labour (Prohibition & Regulation) Act (Gesetz über Kinderarbeit [Verbot & Regulierung]), 1986; the Bonded Labour Act (Gesetz über die Schuldknechtschaft), 1976; the Employees State Insurance Act (Gesetz über die staatliche Versicherung für Arbeitnehmer), 1952; the Employees Provident Fund Act (Gesetz über die Unterstützungskasse für Arbeitnehmer), 1952, and the Maternity Benefit Act (Gesetz über den Mutterschutz), 1961. Die drei letztgenannten Gesetze betreffen nur gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmer in den jeweiligen Branchen und schließen daher temporäre Migranten aus. Ravi S. Srivastava, „India Internal Migration Links with Poverty and Development“, ebd. 2005.*
- 14| *Chandrima B. Chatterjee, „Identities in Motion; Migration and Health in India“, The Centre for Enquiry into Health and Allied Themes (CEHAT), Mumbai, 2006.*
- 15| *Mahendra P. Lama, „Globalisation and Borders in South Asia: Newer Concerns and Opportunities“, Vortrag, gehalten bei der South Asia Conference, Hitotsubashi University, Tokyo, 2. - 3. Oktober 2004.*
- 16| *Abdur Rob Khan, „Conflict and Conflict Resolution in South Asia: Bangladesh Country Paper“, International Centre for Ethnic Studies, Kandy, 1997 und Aftab Ahmed, „Ethnic Turmoil in the Chittagong Hill Tracts Region of Bangladesh: Modalities for the Resolution of a Conflict“, International Centre for Ethnic Studies, Kandy, 1997.*
- 17| *Mahendra P. Lama, „Economic Resources and Environmental Concerns in South Asia: A Changing Interface“ in: D. D. Khanna (Hg.) Sustainable Development, Environmental Security, Disarmament and Development Interface in South Asia, Macmillan, Delhi 1997.*
- 18| *Mahendra P. Lama, „Internal Displacement in India: Causes, Protection and Dilemmas“, in: Forced Migration Review, Oxford University, Nr. 8, August 2000.*

- 19] Ashok Swain, *The Environmental Trap: The Ganges River Diversion, Bangladeshi Migration and Conflicts in India*, Report No. 41, Uppsala University, Department of Peace and Conflict Research, Sweden, 1996 und *Environment: Facing the 21st Century*, Society for Environment and Human Development (SEHD), Dhaka, 1998.
- 20] *Ebd.*
- 21] UNHCR, *The State of the World's Refugees: Fifty Years of Humanitarian Action*, Oxford, London, 2000. Siehe auch: Lama, Mahendra P., *Managing Refugees in South Asia: Protection, Aid, State Behaviour and Regional Approach*, Occasional Paper 4, Refugee and Migratory Movements Research Unit (RMMRU), Department of International Relations, Dhaka University, 2000.
- 22] Mahendra P. Lama, „Conflicts and Refugees in South Asia: Challenges in the Globalisation Process“, in: *Special Issue on AGLOS Global Studies Symposium Series*, Nr. 7, Sophia University, Tokyo, November 2005.
- 23] J. N. Saxena, in: Mahendra P. Lama (Hg.), *India as a Refugee Host Country: Management, Practices and Policy Options*, Proceedings of the National Seminar organised by South Asian Studies Division, School of International Studies, Jawaharlal Nehru University, New Delhi, 2000.
- 24] Amnesty International News Release, AI Index: ASA 16/24/97, 23. Juli 1997.
- 25] Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen, *Final Report on the situation of human rights in Afghanistan*, submitted by Felix Ermacora, Special Rapporteur in accordance with Commission on Human Rights Resolution 1994/84, Commission on Human Rights, Fifty-first session, Item 12 of the provisional agenda, General, E/CN.4/1995/64, 20. Januar 1995.
- 26] *Es gibt weitere allgemeine Vorschriften, die Ausländer betreffen, darunter das Passport Act (Reisepassgesetz) 1974, The Enemy Foreigners Order (Vorschrift betreffend feindliche Ausländer) 1965, The Registration of Foreigners Act (Gesetz über die Registrierung von Ausländern), 1939, The Registration of Foreigners Rules (Regelungen zur Registrierung von Ausländern), 1966, und The Registration of Foreigners (Exemption) Order (Vorschrift zur Registrierung von Ausländern sowie Befreiungen), 1962 und The Registration of Foreigners (Exemption) Order (Vorschrift zur Registrierung von Ausländern sowie Befreiungen), 1966.*
- 27] C. M. Hanif, *Manual of Foreigners Laws*, Lahore Law Times Publications, Lahore, (3. durchgesehene Auflage), S. 6.
- 28] J. N. Saxena, in: Mahendra P. Lama (Hg.), *India as a Refugee Host Country: Management, Practices and Policy Options*, Proceedings of the National Seminar organised by South Asian Studies Division, School of International Studies, Jawaharlal Nehru University, New Delhi, 2000.
- 29] *In The Hindu*, Madras, 24. Mai 1991 wird berichtet, dass der damalige Chief Minister Jayalalitha sagte: „Ich appelliere dafür, nein, ich fordere, dass das Zentrum sofort handelt, sodass alle sri-lankanischen Tamilen zurückgeschickt werden, und dies soll sofort geschehen“, zitiert von V. Suryanarayan in „Sri Lankan Refugees in Tamil Nadu“, Vortrag gehalten bei der Conference of Scholars & other Professionals working on Refugees and Displaced Persons in South Asia, organisiert vom Regional Centre for Strategic Studies, Dhaka, Februar 1998.

- 30| *Das erste Memorandum in dieser Angelegenheit wurde im Jahre 1917 durch die sogenannte Hillmen's Association in Darjeeling der britischen Regierung Indiens überreicht. Seitdem wurde eine Reihe Stellungnahmen den Regierungen sowohl der Union als auch der Bundesstaaten eingereicht. Diese Bemühungen gipfelten in der gewalttätigen Gorkhaland-Bewegung zwischen 1985 und 1989. Das Dreimächteabkommen zwischen der Union, dem Bundesstaat und der Gorkha National Liberation Front, 1988 unterzeichnet, hat zur Etablierung des Darjeeling Gorkha Hill Council geführt, einer Entwicklungskörperschaft für die Menschen in den drei Subdivisions des Berglandes im Darjeeling-Distrikt. Siehe Mahendra P. Lama, Gorkhaland Movement: Quest for Identity, Department of Information and Cultural Affairs, Darjeeling Gorkha Hill Council, Darjeeling, 1996.*
- 31| *Nepal Human Development Report 1998, Nepal South Asia Centre, Kathmandu, Nepal, 1998.*
- 32| *Mahendra P. Lama, „Indian Investment in Nepal in the Post Reforms Period“, in: The Indian Journal of Commerce, New Delhi, April-Juni 1999.*
- 33| *Qazi Kholiqzaman Ahamad, Economic Reforms People's Participation and Development in Bangladesh, National Professor Atwar Hussain Memorial Lecture 1998, The Asiatic Society of Bangladesh, Dhaka.*
- 34| *Government of Bangladesh, Bangladesh Economic Review, mehrere Ausgaben, Finanzministerium, Dhaka.*
- 35| *Aussage von Innenminister Indrajit Gupta im Parlament, New Delhi, 6. Mai 1997.*
- 36| *K. M. Sharma, „The Assam Question: A Historical Perspective“, in: Economic and Political Weekly, Bombay, 2. August 1980; Roy Burman B. K. „North-East India - An Overview“, unveröffentlichtes Seminarpapier, 1995; Hazarika, Sanjoy, „Bangladesh and Assam Land Pressures, Migration and Ethnic Conflict“, Occasional Paper Series of the Project on Environmental Change and Acute Conflict (American Academy of Arts and Sciences and University of Toronto, Nr. 3, März 1993; 31); Jayanta Madhab, „North-East: Crisis of Identity, Security and Underdevelopment“, in: Economic and Political Weekly, Bombay, 6. Februar, 1999.*
- 37| *S.K. Sinha, Report on the Illegal Migration into Assam, dem Präsidenten von Indien vom Gouverneur von Assam vorgelegt, November 1998, S. 18.*
- 38| *Ranabir Samaddar, The Marginal Nation: Trans-border Migration from Bangladesh to West Bengal, Sage, New Delhi, 1999.*
- 39| *Mahendra P. Lama, Understanding the Nature, Dimensions and Policy Issues of Irregular Migration from South Asia: A case study of Returned Punjabi Migrants in India and Serving Nepali & Indian Migrants in Japan, Occasional Paper, RMMRU, Dhaka University (zur Veröffentlichung vorgesehen).*
- 40| *Mahendra P. Lama, Human Security in India: Discourse, Practices & Policy Implications, UPL, Dhaka, 2010.*
- 41| *SAARC Secretariat, N 2.*
- 42| *SAARC Secretariat, Meeting the Challenge: Report of the Independent South Asian Commission on Poverty Alleviation, Kathmandu, 1992, S. 25-27.*
- 43| *UNDP (United Nations Development Programme), Human Development Reports 1990 bis 1999, Oxford University Press, New York.*